



aktuell

Informationsblatt der Sozialdemokratischen Partei
Münchenbuchsee

Postfach, 3053 Münchenbuchsee

www.sp-buchsi.ch, info@sp-buchsi.ch

NEIN zur Anti-Menschenrechts-Initiative

Nr. 177 November 2018

Volksabstimmung vom 25. November 2018

JA zum Budget 2019 für Buchsi –

NEIN zur Änderung des kantonalen Steuergesetzes

Ein Budget mit Steuersenkung war dem Grossen Gemeinderat vorgelegt worden. Doch zum jetzigen Zeitpunkt die Einnahmen kürzen? Unlängst erst hat sich Buchsi von den Defiziten erholt, und wichtige Investitionen stehen an. SP, EVP, FDP und GFL haben sich deshalb erfolgreich für eine Vorlage ohne Steuersenkung eingesetzt. Am 25. November sagen wir nun JA zum Budget 2019.

Die Gründe:

Nach zwei Bilanzfehlbeträgen in kurzer Abfolge, mussten Investitionen zurückgestellt werden. Nun ist der Nachholbedarf bei den Investitionen gross: Der Zustand der Schulhäuser Paul Klee, Dorf und Riedli ist schadhaft, und energiefressende Elektroheizungen, zum Beispiel im Kindergarten Hübeli, müssen dringend ersetzt werden. Die Sanierungskosten werden mehrere Millionen betragen. Und für einen Unterricht auf hohem Niveau brauchen die Schulhäuser Anpassungen an die pädagogischen Vorgaben. Die Sanierung des beliebten aber in die Jahre gekommenen Hirzis konnte 2018 zwar aufgenommen werden. Die millionenteure

Sanierung des Schwimmbeckens steht der Gemeinde aber erst bevor.

- Es braucht genug Schulraum für die neuen Jahrgänge. Und eine Lösung für die Tagesschule, wenn ihr Provisorium demnächst aus allen Nähten platzen wird.
- Die seit Jahren beschlossenen Tempo-30-Zonen müssen endlich signalisiert werden, und am Bahnhof braucht es mehr Veloabstellplätze.

Gemeinsam mit der EVP, der FDP, und der GFL drängt die SP darauf, dass diese Investitionen zügig nachgeholt werden.

- Ohne gezielte Investitionen wird auch unsere Ortsplanungsrevision ein Papiertiger bleiben. Die Teilnehmenden der Zukunftswerkstätte aus allen Quartieren und über alle politischen Couleurs hinweg waren sich einig: Bei der Zentrumsentwicklung besteht Handlungsbedarf. Für unsere Kinder wird es immer gefährlicher, unbegleitet die Hauptstrasse zu überqueren, und in den Stosszeiten stört der Lärm jedes Gespräch auf dem Trottoir.

Und bei einer Steuersenkung?

Mit einer Steuersenkung wäre die Erfolgsrechnung bereits 2020 nicht mehr ausgeglichen, und die Eigenmittel fielen wieder unter das nötige Minimum. Der Selbstfinanzierungsgrad würde schon 2019 auf viel zu tiefe Werte fallen. Die Gemeinde müsste sich für Investitionen neu verschulden.

Eine umsichtige Finanzplanung ist wichtig, denn die Erinnerungen an den letzten Bilanzfehlbetrag, als sogar Schulhäuser nicht mehr gereinigt und Schullager abgesagt werden mussten, sitzt uns allen noch tief in den Knochen.

Mit der kantonalen Unternehmenssteuerreform (über die wir ebenfalls am 25. November abstimmen) würden sich neben einem Finanzloch von 160 Millionen beim Kanton auch Mindereinnahmen auf Gemeindeebene ergeben.

**Deshalb JA zum Budget 2019 von Münchenbuchsee
NEIN zur kantonalen Vorlage zur Änderung des Steuergesetzes**

SVSA: Danke für Euer Engagement

Mit 48% Nein-Stimmen hat sich praktisch die Hälfte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen die Verschiebung des Strassenverkehrsamtes nach Münchenbuchsee ausgesprochen. SP und GFL Buchsi bekämpften das Projekt, weil es uns viel Mehrverkehr und wenig Einnahmen bescheren würde. Nun wird der Grosse Rat abschliessend entscheiden. SP-Mitglieder haben überall im Dorf das Gespräch über die SVSA-Vorlage gesucht, und überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger sind in der Folge an die Urne gegangen. Dafür danken wir Euch herzlich.

Eidgenössische Abstimmung 25. November 2018

NEIN zur Selbstbestimmungs-Initiative

Die Initiative ist gefährlich: Sie ist ein Frontalangriff auf den Menschenrechtsschutz. Und sie setzt unsere internationalen Verträge aufs Spiel, die uns und unsere Wirtschaft im internationalen Umfeld schützen. Sie stellt Schweizer Werte und Grundrechte in Frage. Sie bringt nicht Selbstbestimmung, sondern beschneidet unsere

Rechte. Ein intakter Menschenrechtsschutz und ein starker Rechtsstaat mit unabhängigen Gerichten sind Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Die Initiative gefährdet damit unser Erfolgsmodell Schweiz. Wir lassen uns nicht täuschen!

NEIN zu Versicherungsspionen

Das neue Gesetz weitet die Überwachung auf Krankenkassen, die AHV, die Arbeitslosenversicherung und die Ergänzungsleistungen (EL) aus. Jeder von uns kann damit überwacht werden. Neu auch in unseren eigenen vier Wänden. Kein Richter entscheidet über den schweren Eingriff in die Privatsphäre.

Mit dem neuen Gesetz haben die Versicherungsdetektive mehr Kompetenzen als die Polizei und der Nachrichtendienst bei der Terrorabwehr.



JA zur Hornkuh-Initiative

Hörner gehören zur Kuh.

Laut den Initiantinnen und Initianten ist die Enthornung von Tieren schmerzhaft und problematisch, da die Hörner im Sozial- und Kommunikationsprozess der Tiere eine wichtige Rolle spielen.

Mit der Initiative sollen Enthornungen nicht verboten werden, sondern die arbeits- und platzintensivere Haltung von behornten Tieren abgegolten werden.

Kantonale Abstimmungen 25. November 2018

NEIN zur Änderung des Steuergesetzes

Finanzloch wegen Steuerbschiss?

NEIN zum Steuergeschenk für Grosskonzerne

Die Steuergesetzrevision hat zur Folge, dass im Kanton Bern die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen massiv weniger Gewinnsteuern bezahlen müssen. Der Kantonskasse, den Gemeinden und Kirchgemeinden würden **jährlich 161 Millionen Franken fehlen**. 99 Prozent der Berner Gemeinden wären von den Steuerausfällen betroffen, darunter auch Buchsi. Die Folgen betreffen die ganze Bevölkerung.

JA zum angepassten Kredit für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden

Kredit annehmen – Kosten halbieren: Mit dem neuen Konzept kommen tiefere Tagespauschalen zur Anwendung – sie werden von heute CHF 171.– auf CHF 140.– für Kinder, sogar auf CHF 80.– für Jugendliche reduziert. Trotz der tieferen Kosten wird auch künftig dem unterschiedlichen Betreuungsbedarf der Kinder und Jugendlichen Rechnung getragen.

Verantwortung übernehmen: Wie bei Schweizer Kindern und Jugendlichen, ist es auch bei den unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden das Ziel, diese möglichst rasch erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen die finanzielle Unabhängigkeit zu ermöglichen.

Wird jetzt in die Integration und Bildung der Kinder und Jugendlichen investiert, senkt dies die Wahrscheinlichkeit künftiger Sozialhilfeabhängigkeit und hoher sozialer Kosten deutlich.